Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn),
Universitätsstraße 1,
Louis Lösche,
Katharinenstr. 14 part. und Königsplatz 7,
nur bis ½5 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unl. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 264. Sonntag den 21. September 1890. 84. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung und Dank.

Die am 19. vorigen Monats hierselbst verstorbene Frau Auguste Nannette verw. **Kabrun** geb. Klengel hat dem „Pensionsfonds des Leipziger Stadtorchesters" ein Legat von

Zwei Tausend Mark

letztwillig hinterlassen.

Nach erfolgter Auszahlung der Summe bringen wir diese Bethätigung des unserem Institute geschenkten Wohlwollens mit dem aufrichtigsten Danke hiermit zur öffentlichen Kenntniß.

Leipzig, den 18. September 1890.

Der Verwaltungsausschuß für den Orchester-Pensionsfonds daselbst.
Dr. Georgi,
141. Vorsitzender. Wilisch, Aff.

Oeffentliche Sitzung der Stadtverordneten

Mittwoch, den 24. September 1890, Abends 6½ Uhr, im Saale der vormaligen Handelsbörse am Naschmarkte.

Tagesordnung:

I. Wahl der von dem Collegium zu ernennenden Mitglieder in den gemischten Ausschuß für die diesjährige Stadtverordnetenwahl.
II. Wahl je eines Mitgliedes aus dem Collegium in a. den Wahlausschuß, b. den gemischten Gasausschuß.
III. Bericht des Finanzausschusses über: Nachvermilligung zur Fortführung und Beendigung von Restaurationsarbeiten an 2 Gemälden des Museums.
IV. Bericht des Finanz- und Verfassungsausschusses über: Gründung und Dotirung von Beamtenstellen für die Markthalle.
V. Bericht des Schulausschusses über: Einrichtung von Heilcursen für stotternde Kinder.
VI. Bericht des Schul- und Bauausschusses über: bauliche Herstellungen in der zu erbauenden Turnhalle der 21. Bezirksschule und in der XI. Bürgerschule in Leipzig-Gohlis.
VII. Bericht des Verfassungsausschusses über: a. Nachtrag zu dem ortspolizeilichen Regulative, die Einrichtung und Reinhaltung der pneumatischen Bierdruckapparate betr., b. anderweiten Erlaß eines Droschkentarifs nebst den dazu gehörigen Regulativbestimmungen.

Ausschreibung.

Am Neubau der **Markthalle** zu Leipzig soll die Lieferung des I. Loses der **Tischlerarbeiten** an einen oder mehrere leistungsfähige Unternehmer vergeben werden.

Die Bedingungen und das Arbeitsverzeichniß können durch unsere Bauverwaltung im Baubureau an der Windmühlengasse hierselbst eingesehen bez. gegen porto- und bestellgeldfreie Einsendung von 1 ℳ bezogen werden.

Die Zeichnungen liegen an obengenannter Stelle zur Einsichtnahme aus.

Die Angebote sind verschlossen und mit der Aufschrift:

„Markthalle — Tischlerarbeiten"

bis zum 27. September cr. Vormittags 10 Uhr im Rathhause allhier, II. Obergeschoß, Zimmer Nr. 5, portofrei einzureichen.

Der Rath behält sich die Auswahl unter den Bewerbern und die Theilung der Arbeiten, bez. die Ablehnung sämmtlicher Angebote vor.

Leipzig, den 19. September 1890.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Ia. 6642. Dr. Georgi. Lindner.

Wohnungs-Vermiethung.

In dem der Stadtgemeinde Leipzig gehörigen früheren **Rathhausgrundstück** in **Leipzig-Anger-Crottendorf**, Zweinaundorfer Straße Nr. 1, ist eine im II. Stockwerk gelegene, aus 2 Stuben, 2 Kammern, 1 Küche und sonstigem Zubehör bestehende Wohnung vom **1. October dieses Jahres** ab gegen **halbjährliche Kündigung** anderweit zu vermiethen.

Miethgesuche werden auf dem hiesigen Rathhause, 1. Stockwerk, Zimmer Nr. 8, entgegengenommen.

Leipzig, den 18. September 1890.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Ia 2376. Dr. Georgi. Wagner.

Bekanntmachung.

Die Lieferung und Aufstellung einer 340 Meter langen Holzbarrière auf der westlichen Seite der Rampe der Riebeck-Straße über die Eilenburger Bahn im Stadtbezirk Leipzig-Reudnitz soll an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen für diese Arbeiten liegen in unserer Hochbau-Verwaltung, Rathhaus, 2. Obergeschoß, Zimmer Nr. 5, aus und können daselbst eingesehen beziehentlich gegen Entrichtung der Gebühren von 50 ₰, welche eventuell in Briefmarken einzusenden sind, entnommen werden.

Bezügliche Angebote sind versiegelt und mit der Aufschrift:

„Barrière Riebeck-Straße"

versehen ebendaselbst und zwar bis zum 3. October 1890 Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Der Rath behält sich das Recht vor, sämmtliche Angebote abzulehnen.

Leipzig, den 16. September 1890.

Des Raths der Stadt Leipzig
Ib 5159. **Straßenbau-Deputation.**

Bekanntmachung.

Concurs-Eröffnung.

Ueber den Nachlaß des am 15. Juni 1890 verstorbenen Kaufmanns **Oscar Koerding** hier ist am 18. September 1890, Vormittags 8½ Uhr, der Concurs eröffnet.

Verwalter ist der Kaufmann **Waldemar Tennstedt** zu **Torgau**. Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis zum 15. October 1890 — Anmeldefrist bis zum 3. December 1890.

Erste Gläubiger-Versammlung 15. October 1890 und Prüfungstermin 17. December 1890.

Torgau, den 18. September 1890.

Königliches Amtsgericht.

Oeffentliche Sitzung der Handelskammer

Dienstag, den 23. September 1890, Nachmittags 6 Uhr, in deren Sitzungssaale, Neue Börse, Tr. A, I.

Tagesordnung:

1. Registranden.
2. Bericht des Verfassungs- und Wahl-Ausschusses über die Verordnung des Königl. Ministeriums des Innern, die Wahl von Vertretern beim Königlich Sächsischen **Eisenbahnrathe** betreffend.
3. Berichte des Handelsgesetzgebungs-Ausschusses über a) die Verordnung des Königl. Ministeriums des Innern, eine gutachtliche Aeußerung über den Gesetzentwurf zur **Abänderung der Gewerbe-Ordnung** betr.; b) verschiedene Eingaben zu dem Gesetzentwurf, die Abänderung des **Patentgesetzes** betr.
4. Bericht des Handelsgesetzgebungs- und des Verkehrs-Ausschusses über die Zuschrift des Rathes, die **Borstenmärkte** betreffend.
5. Berichte des Zoll- und Steuer-Ausschusses über die Vorlagen des Königl. Haupt-Zoll-Amts, betr. a) Abänderung des **Zolles für Perlmutterknöpfe**; b) Erhöhung des **Zolles auf Stöcke**.

Hierauf nichtöffentliche Sitzung.

Städtische Gewerbeschule zu Leipzig.

Die Studien des Winterhalbjahres beginnen

Mittwoch, den 1. October a. c.;

der Tagescursus früh 8 Uhr, die Abendcurse um 6 beziehentlich 7 Uhr.

Aufnahmen in die Gewerbeschule nach Maßgabe von § 4 der Schulordnung können wegen Mangels an Platz nur ausnahmsweise noch stattfinden.

Zur mündlichen Auskunftsertheilung ist der Unterzeichnete Sonntag, den 28. September, Vormittags von 11—12 Uhr, im Schulgebäude bereit.

Leipzig, den 11. September 1890.

Der Director:
Dr. Ludw. Rieger.

Die Zustände in Portugal.

In Portugal herrscht augenblicklich vollständige Verwirrung. Das Ministerium, welches die Verhandlungen mit England über die Grenzregulirung in Afrika geführt hatte, ist zurückgetreten, ein neues Ministerium, welches General Abreu bilden sollte, ist noch nicht zu Stande gekommen. Die Erregung der Bevölkerung ist so stark, daß schon wiederholt das Einschreiten der Sicherheitsbehörden nöthig wurde, und der Krawall vom 18. September hat die Frage zur Entscheidung gestellt, ob der Belagerungszustand über das Land verhängt werden soll. Die Stellung des Königs Dom Carlos ist außerordentlich schwierig. Soeben erst von schwerer Krankheit genesen, steht er einer erregten Volksmenge gegenüber, welche unmöglichen verlangt: einen neuen annehmbaren Vertrag mit England oder Krieg mit der ersten Seemacht der Erde, welche Portugal nichts als seine Vaterlandsliebe und seine Verwegenheit gegenüberzustellen hat. Dazu macht sich eine starke republikanische Bewegung in Portugal geltend, welche augenblicklich die Lage beherrscht. Unter solchen Umständen wird von der Versöhnung der Parteien gesprochen, die sich mit den Waffen bekämpfen und von denen die eine nichts sehnlicher wünscht, als die Monarchie zu stürzen. Ueber die Unannehmbarkeit des Abkommens mit England sind die Parteien einig, über die zukünftige Regierungsform besteht dagegen eine Meinungsverschiedenheit, welche nur durch Gewalt beseitigt werden kann.

Diese Zustände sind kein Product der neuesten Zeit, der Geist des Aufruhrs hat seit langer Zeit in Portugal Einfluß geübt. Bald waren es meuternde Generale, welche in die Geschicke des Landes eingriffen, bald war es ein dunkler Drang nach Freiheit, welcher die Schritte der Bevölkerung leitete. Die Regierungsgewalt hat zeitweise regelmäßig mit revolutionairen Bestrebungen zu kämpfen gehabt, und wenn daraus keine Katastrophe entstanden ist, so hat das nicht in der Absicht der auf Umsturz bedachten Elemente gelegen. Die Regierung Dom Luis' bezeichnete abgesehen von einzelnen Episoden, in welchen der Aufruhr trotz des besten Willens des Königs das Haupt erhob, eine Periode der Ruhe und der Gesundung der kranken Zustände des Landes, seitdem aber der Grenzstreit mit England entstanden ist, haben die Leidenschaften wieder die Oberhand gewonnen, und die Regierung wird der Einsetzung ihrer ganzen Kraft bedürfen, um der Bewegung Einhalt zu thun. Die Armee scheint bisher noch nicht von republikanischen Einflüssen ergriffen zu sein, sie scheint sich im Gegentheil ihrer Bestimmung als Stütze des Thrones bewußt und jederzeit bereit, Ruhestörungen energisch entgegen zu treten. Vielleicht ist also die Bewegung noch zu unterdrücken.

Der Hauptvorwurf wegen der bedenklichen Zustände in Portugal trifft England, welches aus Ländergier und Herrschsucht an den bestehenden wenn auch zweifelhaften Besitzverhältnissen Portugals in Afrika gerüttelt hat. Ob die Engländer das Shiregebiet und das Maschonaland ihren ohnehin übergroßen Besitzungen in Afrika noch hinzufügen, oder nicht, das fällt für diese bedeutendste Colonialmacht der Erde sehr wenig ins Gewicht. Aber für die Befestigung des monarchischen Staatsgedankens in Portugal war es von größter Wichtigkeit, daß die Maßregeln, welche die Regierung zur Geltendmachung alter Rechte in Afrika ergriff, auch Erfolg hatten. Portugal hat bei den neuesten Kämpfen in Afrika einen Muth und eine Thatkraft gezeigt, welche ihm die Bewunderung Europas zugewendet haben, aber leider hatten diese Anstrengungen, sein vermeintliches Recht zu vertheidigen, nicht die Wirkung, daß die Engländer von ihren Ansprüchen zurücktraten, weil es in England als Staatsraison gilt, alle die Vortheile welche sich ohne Gefahr erreichen lassen, bis aufs Aeußerste zu verfolgen. Der Unterschied in der Behandlung der portugiesischen und der französischen Ansprüche auf afrikanisches Gebiet ist offenkundig. England hat die sehr zweifelhaften und kaum zu begründenden Ansprüche Frankreichs auf das sogenannte Hinterland von Algier und Tunis bis zum Tschadsee anerkannt, Portugal aber zur Aufgabe eines Besitzes genöthigt, den es nachweisbar schon vor Jahrhunderten gehabt hat. Das ist ein Verfahren nach dem Grundsatz: „Ich bin groß und du bist klein", aber nicht nach Recht und Billigkeit, und wenn die Portugiesen, welche auf eine ruhmvolle Vergangenheit als Entdecker unbekannter Länder zurückblicken, darüber außer Fassung gerathen, so ist das wohl verständlich.

Der republikanische Staatsgedanke hat in Portugal wesentlich an Boden gewonnen durch die vorjährige Umwälzung in Brasilien. Die von Portugal aus gegründete Monarchie in Brasilien hat durch die Vorliebe der Thronfolgerin Dona Isabel und durch unzweckmäßige Uebereilung der Sclavenbefreiung ein vorzeitiges und in seinen Folgen noch nicht zu übersehendes Ende gefunden, und obwohl die Republik in Brasilien sich anfänglich nur durch dictatorische Maßregeln aufrecht zu erhalten vermochte, so ist sie doch siegreich geblieben, wie der Verlauf der unlängst dort vollzogenen Wahlen gezeigt hat. Ein nicht unbeträchtlicher Theil der Portugiesen blickt mit Sympathie auf die junge brasilianische Republik und betrachtet sie als ein Vorbild, nach welchem das Mutterland streben müsse. Es kommt noch hinzu, daß auch in Spanien und in Italien die republikanische Bewegung an Kraft und Ausdehnung gewinnt, so daß es die Republikaner Südwesteuropas nur als eine Frage der Zeit betrachten, daß Spanien und Italien dem Beispiel Frankreichs Folge leisten werden.

Diese Hoffnungen der republikanischen Partei in Spanien und Italien sind es, welche die Ereignisse in Portugal zu einer ihnen an sich nicht zukommenden Wichtigkeit erheben. Die spanischen Republikaner besonders beobachten die revolutionaire Bewegung in Portugal mit gespannter Aufmerksamkeit. Sie sind mit der Lage im eigenen Lande höchst unzufrieden, weil eine conservative Regierung die liberale Sagasta's abgelöst hat, nachdem das Allgemeine Stimmrecht von diesem eingeführt worden ist. Castelar und Salmeron mit ihrer Gefolgschaft betrachteten das Ministerium Sagasta als eine Uebergangsstufe zur Errichtung der Republik, obgleich Sagasta heute noch gut monarchisch gesinnt ist, aber ein Ministerium Canovas scheint ihnen so unvereinbar mit ihren Bestrebungen, daß sie sich gegen dasselbe offen auflehnen. Was könnte diesen Leuten also willkommener sein, als eine republikanische Schilderhebung in Portugal, welche das Haus Braganza des Landes verweise?

Wir wollen hoffen, daß es Dom Carlos gelingt, der Bewegung in Portugal Herr zu werden und dem Abkommen mit England einen Inhalt zu geben, welcher die Zustimmung der portugiesischen Volksvertretung findet, denn davon hängt die Wiederherstellung der Ruhe in Portugal in erster Linie ab. Was geschehen würde, wenn die Republikaner in Portugal die Oberhand behielten, läßt sich nicht ermessen, aber ein solcher Umschwung könnte für ganz Europa verhängnißvoll werden. Die Spanier sind ein heißblütiges Volk, das haben sie in diesem Jahrhundert oft genug bewiesen, und die Monarchie ist in Spanien keineswegs so fest begründet, daß sie nicht über Nacht in eine Republik verwandelt werden könnte. Gegenwärtig sind die Cortes in Spanien nicht versammelt, aber wenn sie einberufen werden, dann können sich leicht schlimme Dinge abspielen. Glücklicherweise ist das Ministerium Canovas in der Lage, den Kammern mit einem auswärtigen Erfolge aufwarten zu können, in Marokko hat Spanien eine feste Haltung gezeigt, die ihre Wirkung nicht verfehlt hat, aber um so schlimmer sind die Ergebnisse der Streikbewegung in den Provinzen Catalonien und Valencia, wo die Republikaner ihre Macht deutlich dargethan haben. Diese Andeutungen genügen, um zu zeigen, wie ernst die republikanische Bewegung in Portugal ist und welche Folgen sich daraus entwickeln können, sie beweisen aber auch, daß der Anstoß zu weltbewegenden Ereignissen von einer Seite ausgehen kann, von welcher man ihn am wenigsten erwartet. *

Leipzig, 21. September.

* Zum „Londoner Sclaverei-Humbug", der jetzt in seinem ganzen unglaublich frivolen Schwindel enthüllt ist, bemerkt die „National-Zeitung":

Daß der Zanzibarer Gewährsmann der „Times" ein frecher Lügner ist — es giebt keinen milderen Ausdruck, welcher der Sachlage entspräche —, ist damit erwiesen. Es kann aber auch kein Zweifel darüber bestehen, daß die „Times" selbst und diejenigen anderen englischen Blätter, welche in dasselbe Horn stießen, durchaus böswillig gehandelt haben. Eine Zeitungs-Redaction kann durch einen unzuverlässigen Correspondenten zur Verbreitung einer unrichtigen Meldung veranlaßt werden; das ist entschuldbar. Aber unentschuldbar wäre es schon, eine so völlig unwahrscheinlich klingende Mittheilung zum Anlaß der größten und beleidigendsten Ausfälle gegen eine befreundete Regierung und ein befreundetes Land zu nehmen, statt die Aufklärung von deutscher Seite abzuwarten. Wir glauben deshalb nicht an die bona fides der „Times", und zwar um so weniger, da ihr heute im Wortlaut vorliegender Artikel über das erste Dementi des „Reichsanzeigers", in dem an diesem in ebenmäßig arrogantestem Tone herumgenörgelt wird, den bösen Willen des Blattes deutlich dartheut. Nach unserer schon angedeuteten Meinung hat man es mit einer, im Interesse der englischen Colonialunternehmungen in Ostafrika angezettelten Intrigue zu thun. Der vermöge seines Radicalismus von vornherein verdächtige Erlaß des Sultans von Zanzibar über die Sclaverei war vermuthlich die Einleitung derselben. Nachdem die deutsche Regierung sich nicht zur ernsthaften Nachahmung dieser Komödie hatte verleiten lassen, hat möglicherweise die plumpe Berechnung bestanden, sie und die öffentliche Meinung Deutschlands werde sich durch den Lärm eines Theils der Londoner Presse in eine unhaltbare, unsere Colonialinteressen gefährdende Stellungnahme zu der Sclavenfrage hineindrängen lassen. Aber auch wenn der ganze Zwischenfall vorläufig nur auf eine Diskreditirung der deutschen Colonialpolitik berechnet war, aus der man erst später directen Vortheil zu ziehen hoffte, wäre er lehrreich.

Es ist unverkennbar: deutscherseits ist in den letzten Monaten zu viel Brimborium von der „englischen Freundschaft" gemacht worden; dies hat manchen Leuten jenseit des Canals die Köpfe verwirrt. Man kann die deutsch-freisinnigen Blätter, auf deren theils gläubiges, theils böswillig berechnetes Nachbeten der englischen Umwahrheiten gegen die deutschen Colonialinteressen sich „Times" und Genossen berufen, an der Kriecherei vor England nicht hindern. Ueberall sonst in Deutschland aber wird die neueste Erfahrung, in der etwas ganz Anderes zum Vorschein gekommen ist, als Kritiklosigkeit oder Böswilligkeit eines längst seines früheren Ansehens verlustig gegangenen Londoner Blattes, hoffentlich zu einiger Zurückhaltung mahnen.

Dem ist durchaus beizustimmen. Wenn wir nur erst das halbe Afrika, mit dem wir die überaus schätzbare englische Freundschaft erkaufen mußten, wieder hätten! Wir wollten ja dann auch gern in einem etwaigen europäischen Krieg auf die Unterstützung der famosen englischen Garderegimenter, die alle vier Wochen einmal meutern, verzichten.

* Am 1. December, an welchem Tage eine Volkszählung im Deutschen Reiche stattfindet, soll, wie in früheren Jahren, der Unterricht in sämmtlichen Schulen ausfallen. Der preußische Cultusminister erwartet, daß die Lehrer bereit sein werden, sich an dem Zählgeschäft mithelfend in der einen oder anderen Weise zu betheiligen. Dagegen sollen Schüler dazu nicht herangezogen werden.

* Zur Urheberschaft des Aufrufes „An die Arbeiter Deutschlands" erfährt eine Berliner Correspondenz Folgendes:

Die Berliner Polizei bemüht sich gegenwärtig sehr, über die ganze Angelegenheit Klarheit zu schaffen, da an höchster Stelle die vielfachen Bezugnahmen auf die Person des Kaisers und auf angebliche Unterstützung seitens des Welfenfonds sehr übel vermerkt worden seien. Die Behörde glaubt deshalb, zumal der Aufruf ohne Angabe des Druckers erschienen ist, daß hier strafbare Beweggründe vorliegen, welche zum Mindesten unter den Begriff des „groben Unfugs" fallen dürften. Es fanden in Folge dessen während der letzten Tage mehrfache polizeiliche Vernehmungen von Personen statt, aus deren Mitte die erste Nachricht über das Erscheinen der Broschüre an die Oeffentlichkeit gebracht wurde. Aber sowohl diese als auch die Mitglieder eines kürzlich begründeten socialpolitischen Vereins erklären, an der Abfassung des an die Zeitungen versandten Aufrufes völlig unbetheiligt zu sein. Es müsse vielmehr die einmal angeregte Idee von einer anderen, ihnen unbekannten Persönlichkeit aufgegriffen worden sein, welche durch die Versendung des Aufrufes dem Erscheinen der angekündigten Broschüre habe zuvorkommen wollen. Die Polizei glaubt jedoch, daß dies zum Theil nur Ausflüchte seien, weshalb einem hierbei betheiligten jüngeren Schriftsteller Dr. P. seitens des ihn vernehmenden Polizeicommissars aufgegeben wurde, binnen 24 Stunden den Namen des Druckers jenes Aufrufes mitzutheilen, widrigenfalls gegen denselben wegen Zeugnißverweigerung eingeschritten werden müsse.

* Gegen die Erbansprüche des Barons v. Ruttenstein (des Sohnes des Prinzen Leopold von Coburg und der jüngst verstorbenen Constanze Geiger) wendet sich folgende (telegraphisch bereits kurz erwähnte) Erklärung der amtlichen „Coburger Zeitung":

„Der Prinz Leopold von Coburg heirathete am 23. April 1861 das damalige Fräulein Constanze Geiger. Der vor der Ehe, am 12. October 1860, geborene Sohn wurde von seinem Vater adoptirt, und Mutter und Sohn erhielten auf Veranlassung des Chefs des Hauses erst am 24. Juli 1862 den Titel Baronin und Baron von Ruttenstein. Prinz Leopold hat, als er seine Vermählung vollzog, schriftlich erklärt, „daß er für seine Frau und seinen Sohn nie eine Subvention von Seiten des herzoglichen Hauses beanspruchen werde, was auch für den Fall seines Todes Giltigkeit habe. Nach dem Ableben des Prinzen Leopold sah sich Prinz Philipp von Coburg veranlaßt, dem jungen Baron v. Ruttenstein ein Leibrente für dessen Lebenszeit im Betrage von 10 000 fl. ö. W. pro Jahr auszusetzen. Damals hat der Baron auf alle weiteren Ansprüche schriftlichen Verzicht geleistet. Wenn trotzdem jetzt versucht wird, in dem von Advocaten berathenen jungen Manne irrige Ansichten wachzurufen, die ihn ohnehin in Widerspruch zu seinem ausdrücklichen Verzicht setzen würden, und wenn nach pikantem Stoff begierige Blätter sich beeifern, das Märchen vom coburgischen Pseudoprinzen weiterzutragen, so kann das weder von den Advocaten, noch von den Blättern Wunder nehmen. Es ändert aber nicht das Geringste an der Thatsache, daß das herzogliche Haus den erst später legitimirten natürlichen Sohne der verstorbenen Baronin von Ruttenstein gegenüber keinerlei Verpflichtungen hat."

* * *

* Sehr verschiedenartig lauten die Meldungen über die Art und Weise, wie man in den maßgebenden türkischen Kreisen die armenische Frage auffaßt. Es wurde mehrfach berichtet, daß der Sultan selbst Veranlassung genommen hat, zu versichern, er wolle den Armeniern Alles gewähren, was sie nach Fug und Recht beanspruchen können, und erst ganz kürzlich hat der Beherrscher aller Gläubigen aus eigenem Antriebe bei einem Empfange des österreichischen Botschafters Baron Calice das Gespräch auf die armenische Angelegenheit gebracht und von Neuem geäußert, daß es in seinen Absichten liege, jeden berechtigten Wunsch der christlichen Armenier im türkischen Kleinasien zu erfüllen; nur seien die vorgekommenen Ereignisse vielfach, zumal von der englischen Presse, übertrieben und sein bestes Wollen sei von dieser Seite fortgesetzt und geflissentlich verkannt worden. Den Wortführern der Armenier außerhalb der Türkei sei es übrigens nicht um Reformen, sondern einfach um die Erreichung politischer Selbstständigkeit zu thun. Zu der englischen Presse dieser Richtung ist der conservative „Standard" nicht zu zählen, und deshalb verdient eine Meldung desselben Beachtung, welche im Gegentheil wenig guten Willen der türkischen Minister erkennen läßt, den Armeniern zu ihrem Rechte zu verhelfen. Der „Standard" berichtet vom 15. September aus Konstantinopel:

Als der Großvezier dem Justizminister Riza Pascha dessen Ernennung zum Mitglied der armenischen Commission ankündigte, erwiderte Riza: „Dann muß man Armenien und Griechen zu verstehen geben, daß sie sich zu fügen haben, oder schlimm fahren." Der Großvezier stimmte dieser Bemerkung bei, was zeigt, in welchem Geiste der Präsident der Commission sein Versöhnungswerk beginnt. In der ersten Sitzung der Commission bezweifelte Riza Pascha das Recht des Patriarchen, mit der Pforte mittelst einer amtlichen Note, eines sog. Tahrir, zu verkehren. Patriarchen könnten, sagte er, an die Pforte Petitionen richten, wenn sie etwas wünschten. Sie hätten aber kein Recht, eine Form zu gebrauchen, wie sie unter den Staatsdepartements üblich ist. Da der Tahrir stets die Art der Mittheilung zwischen der Pforte und den Patriarchaten gewesen ist, so war dieser Angriff auf seine Privilegien zu viel für die Geduld des Monsignore Nishikian und er legte sofort seinen Posten nieder, indem er Krankheit vorschützte. Dem Vernehmen nach will sich der Nationalrath weigern, einen neuen Patriarchen zu erwählen, sich vielmehr auflösen und die Pforte, wenn er es ihr mittheilt, an den Katholikos von Etschmiadzin verweisen, wenn sie der armenischen Kirche etwas mitzutheilen hat.

* Unter der Ueberschrift „Roma!" bringt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" die folgende Reminiscenz:

Heute, am 20. September, sind zwanzig Jahre verflossen, seit die Armee Victor Emanuel's in Rom einrückte, empfangen vom Jubelruf der Bevölkerung der ewigen Stadt. Seit der Zeit, da die Söhne des Mars am Tiberstrand von der Wölfin geboren wurden, hatte unabänderlicher Schicksalsspruch das italische Imperium mit den Sieben Hügeln verknüpft. Dieses Imperium hatte im Reiche der Cäsaren die gewaltigste Centralisation geschaffen, welche die Völkergeschichte kennt. Die germanischen Eroberungen ließen die dunkelste Nacht staatlicher Gebilde zurück. Aber sobald mit dem Erwachen der neuen Zeit ein nationales Gefühl sich zu regen begann, so bestand für Nicolò Macchiavelli und alle einsichtigen Patrioten seiner Zeit kein Zweifel, daß nur mit Rom die Wiedergeburt Italiens sich vollziehen könne.

Aber noch Jahrhunderte sollten verfließen, ehe überhaupt die Hoffnung sich befestigen konnte, daß das Schicksal den Wünschen und Träumen der Patrioten Verwirklichung bringen werde. Und der Weg, der zum Ziele führen mußte, war erst gefunden, als die zu immer hellerem Bewußtsein erwachende Volksseele Italiens in dem Avanti Savoia des Nordens das Losungswort ihrer Zukunft erkannte.

Im Augenblick, da es galt, der Ehre eines geeinigten italienischen Volkes ihr Recht zu verschaffen im Rathe der europäischen Mächte, da erstand auch der Staatsmann, dessen Rührigkeit und Scharfblick es verstand, zur Macht zu erheben, was sonst noch ein „geographischer Begriff" gewesen. Italien hatte seinen Cavour. Unter seiner Führung lernten die Völkerschaften mehr und mehr dem tapferen Herrschergeschlechte vertrauen, welchem Verdienst und Schicksal längst die Königskrone Italiens zuerkannt hatten.

Von dieser Zeit ab ist in Deutschland und Italien immer lebendiger das Bewußtsein erwacht, wie ähnliche nationale Ziele und

SLUB
Wir führen Wissen.